

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **63 (1983)**

Heft 4

PDF erstellt am: **07.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die SBB unter Druck

Die SBB stecken tief in den roten Zahlen. Und die Aussichten, dass sich an diesem deplorablen Zustand in absehbarer Zeit etwas ändern könnte, sind dann wenig rosig, wenn man den offiziellen Meldungen aus Bern Glauben schenken will. Als Staatsbetrieb sind die SBB in der «glücklichen Lage», ihre Defizite jemand anderem, nämlich dem *Staat*, anhängen zu können. Deshalb erscheinen diese seit Jahren mit schöner Regelmässigkeit in der Rechnung der Eidgenossenschaft. Das heisst mit andern Worten, dass ein Teil der Kosten, die durch die Transportleistungen der SBB entstehen, nicht durch die Benützer dieser Leistungen, sondern aus den allgemeinen Bundesmitteln gedeckt werden. Zum Handkuss kommt der *Steuerzahler*. Diesen Luxus kann sich nur ein «Staatsbetrieb» leisten. Alle andern Unternehmungen werden vom Markt in höchst unsentimentaler Weise gezwungen, Aufwand und Ertrag ins Gleichgewicht zu bringen. Und diese Übung ist bekanntlich in Zeiten einer rezessiven wirtschaftlichen Entwicklung keine Kleinigkeit. Sie fordert imperativ eine rationelle Leistungserstellung und die Anpassung des Leistungsangebots an die Kundenwünsche bzw. an den Markt. Nota bene: die Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen erfolgt bei den SBB *ausserhalb* der «Defizitrechnung».

Es wäre gewiss übertrieben, wenn die Behauptung aufgestellt würde, die

SBB seien diesem Druck völlig entzogen. Aber er ist anderer, nämlich *politischer Art*. Das Stichwort heisst in diesem Zusammenhange Leistungsauftrag. Um seine Konzeption und Verwirklichung ist seit langem ein erhebliches Seilziehen im Gang.

Die konkreten Auswirkungen sind bisher eher bescheiden geblieben. Es ist der SBB-Leitung wenn nicht hoch anzurechnen, so doch zugute zu halten, dass sie sich in dieser prekären Lage dazu durchringen konnte, externe Hilfe anzufordern. Die weltweit renommierte Beratungsfirma *Hayek Engineering AG* hat das helvetische Mammutunternehmen auf Herz und Nieren untersucht – und dabei nicht wenige Schwachstellen aufgedeckt. Sie hat dies gründlich und mit fachmännischem Einsatz getan. Seit dem August des letzten Jahres ist die Generaldirektion der SBB im Besitze eines voluminösen *Gutachtens*, in dem nicht nur hohe betriebspolitische Strategien behandelt, sondern die Betriebsabläufe mit akribischer Aufdringlichkeit auf ihre Rationalität und Verbesserungsmöglichkeiten durchleuchtet worden sind. Die Ergebnisse solchen Tuns waren insofern «sensationell», als es sich gezeigt hat, dass die SBB *ohne* forcierten Personalabbau, allein also durch betriebliche Reorganisationsmassnahmen, durchaus in der Lage sind, *Hunderte von Millionen Franken* einzusparen. Was soll man davon halten, dass die SBB-

Generaldirektion den Bericht Hayek während Monaten unter Verschluss hielt und es nicht einmal für notwendig erachtete, den Verwaltungsrat zu unterrichten? Und was soll man weiter davon halten, dass das Departement von Bundesrat Schlumpf ebenfalls keinen Anlass sah, Dampf aufzusetzen, obwohl ein Chefbeamter dieses Departements an den Hayek-Abklärungen teilgenommen hatte?

Es brauchte einen erheblichen öffentlichen Druck, die SBB in Trab zu setzen. Die Veröffentlichung des Hayek-Berichts ist nun im April vorgesehen. Man darf gespannt sein, wie weit sich die SBB entschliessen, die Ergebnisse des Hayek-Berichts der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die SBB sind ein *öffentliches* Unternehmen. Und es liegt dem Steuerzahler nicht zu knapp auf der Seele. Schon dies allein müsste für die Einsicht genügen, dass die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse an den Vorgängen um die SBB hat. Und nicht zuletzt müsste auch der eidgenössische Säckelmeister, Bundesrat Ritschard, seine Neugierde um den betrieblichen Zustand der SBB aktivieren, besteht doch die begründete Aussicht, dass hier eine ergiebige Quelle für eine substantielle Entlastung der Bundesrechnung verschüttet liegt. Der Hayek-Bericht ist deshalb *keine* private Angelegenheit des engeren Führungstabes der SBB.

Willy Linder

## Der Schweizer und seine Volksvertreter

Die Schweizer haben ein merkwürdiges Verhältnis zu ihren politischen Repräsentanten. Vor allem die Parlamentarier aller Stufen sind immer wieder Zielscheibe von Spott und manchmal auch Hohn. Sie stehen im Ruf, ehrgeizig zu sein, am einmal erkämpften Sessel wie Kletten zu kleben, ihre politische Linie gleich der Wetterfahne nach dem Wind zu richten, über vieles zu reden und – wenn überhaupt – von ganz wenigem wirklich etwas zu verstehen.

Aber das ist nur die eine Seite. Parallel dazu werden die Mandatsträger doch auch wiederum als echte Volksvertreter ernst genommen. Sie erfahren Beachtung und auch Achtung, nicht nur als Personen, sondern

als Exponenten eines politischen Systems und Entscheidungsprozesses, dem man jenseits von aller kritischen Skepsis ein recht erhebliches Mass an Würde zuzuweisen bereit ist.

Diese Würde ist in Nuancen von Stufe zu Stufe, aber auch von Region zu Region verschieden. Doch ist sie wohl durchgehend grösser und stärker verwurzelt, als man heutzutage auf Grund der teilweise bitterbösen «veröffentlichten Meinung» über den politischen Betrieb anzunehmen geneigt ist. Jedenfalls ist dies die Erfahrung des Schreibenden, der zu Anfang der sechziger Jahre in der Exekutive einer Berner Oberländer Bauerngemeinde Einsitz nahm, anfangs der siebziger Jahre in den Zürcher Kantonsrat ge-

wählt wurde und nun der Volkskammer der Bundesversammlung angehört.

Gerade im überschaubaren Kreis der ländlichen Gemeinde ist der Vorgang besonders eindrücklich: Selbst wer zuvor als «Zugezogener» unterschwelligen Vorbehalten begegnet war, ist fast schlagartig «etabliert», sobald er ein vom Bürger gewählter Mandatsträger ist. Hier mag auch die Wurzel für jene Wandlung liegen, die schon so mancher notorische Kritiker und Schreck der Gemeindeversammlungen an sich erfahren hat, nachdem er in ein Amt befördert worden war. Jede Wahl ist eine Vertrauenskundgebung, die ihrerseits danach ruft, durch loyales und verantwortungsbewusstes Verhalten – und das ist fast immer gleichbedeutend mit dem Vorsatz zu konstruktiver Arbeit – abgegolten zu werden. Der Volksmund hat dies von jeher mit der Formel «Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand» bildhaft ausgedrückt. Dass der einschlägige Verstand dabei in unterschiedlichen Dosen verabreicht zu werden scheint, ändert nichts an der im Grunde doch erstaunlichen Erscheinung offensichtlichen «Über-sich-hinauswachsenden» ungezählter Volksvertreter aller Stufen.

Was den Stellenwert kantonaler Parlamente betrifft, so wäre es dieses Thema wert, einmal von einem guten politischen Essayisten abgehandelt zu werden. Jedes hat seine eigene Atmosphäre, seinen eigenen Stil, seine eigentümliche Würde. Davon wird übrigens auch das Verhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung mitgeprägt. Mancherorts ist es eine Art permanenter Konfrontation zwischen gesetzgebender und exekutiver Gewalt;

anderswo wiederum – und dazu zählt wohl auch der Kanton Zürich – kann weit eher von einem eigentlich kooperativen Verhältnis gesprochen werden. In jedem Falle aber lässt es gerade die Verwaltung nicht am nötigen Respekt im Umgang mit dem Parlament fehlen, auch wenn sie es von Natur aus in vielen Situationen wirklich «besser», das heisst präziser und detaillierter weiss als der Milizparlamentarier. Sie «zieht» nach meiner langjährigen Erfahrung auch immer voll mit, wobei letzten Endes natürlich ausschlaggebend ist, ob und wie weit die vom Parlament eingebrachten politischen Prämissen auch sach- und problemgerecht sind.

Wie es um das Verhältnis des Bürgers zu seinen Parlamentariern bestellt ist, wird wohl am deutlichsten auf eidgenössischer Ebene spürbar. Denn während die kommunalen und kantonalen Parlamentarier zumindest in den dicht besiedelten Regionen ein immer anonymes Dasein fristen, ist die Bundesversammlung schon allein auf Grund der starken Präsenz in den Medien sehr viel «öffentlicher». Interessant ist nun, dass hier offensichtlich eine Differenz zwischen «öffentlicher» und «veröffentlichter» Meinung klafft. Presse, Radio und Fernsehen verstehen sich als kritische Instanz und verleiten die Akteure der politischen Szene darüber hinaus nur allzu leicht zu «medienwirksamen» Einlagen, die nicht immer mit dem normalen parlamentarischen Alltag in Einklang stehen. Um so überraschender war selbst für mich als einem langjährigen intensiven Beobachter der eidgenössischen Politik die persönliche Erfahrung der Übernahme des Mandats.

Das beginnt bei Äusserlichkeiten. Man scheint über Nacht auf ungezählte Einladungslisten protokollarischen Charakters zu rutschen. Der Anfall an Einladungen nimmt lawinenartig zu. Auch die Adressvermittlungszentralen sind offensichtlich wachsam. Ungezählte Organisationen kultureller, politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Art, aber auch Firmen mit «gehobener» Kundschaft bedienen einen von einem Tag auf den andern plötzlich mit ihren Aussendungen. Da und dort bringt der neue Status auch das eine oder andere kleine Privileg etwa bei Dienstleistungsbetrieben ein – gewissermassen zur Linderung des noch weiter angewachsenen Zeit- und Kalenderdrucks.

Wichtiger aber ist etwas anderes: Zunächst einmal kann es auch den Abgebrühtesten nicht unberührt lassen, wenn ein alter, nicht näher bekannter Bauer aus der Gegend mit zittriger Hand schreibt, wie sehr er sich freue, dass nun auch die eigene Gemeinde «ihren» Nationalrat habe. Es geht auch nicht spurlos an einem vorüber, wenn völlig unbekannte Menschen ihre «Glückwünsche zum schweren Amt» in verschiedensten Formen zum Ausdruck bringen. Und man bleibt vor allem auch nicht unbeeindruckt von all jenen meist schüchtern und oft auch unbeholfen vorgetragenen Anliegen einzelner unbekannter

Bürger, die nur im Ausnahmefall materielles Eigeninteresse zum Inhalt haben.

Da kann es doch ganz einfach nicht seine volle Richtigkeit mit dem vielzitierten und immer wieder scharfsinnig analysierten «Graben» zwischen dem Volk und «Bern» haben. Da muss trotz allem mehr Vertrauen in Repräsentation und Institution vorhanden sein, als landläufig zum Ausdruck zu kommen scheint. Jedenfalls ist die Atmosphäre im Parlament selbst keineswegs durch Frustrationen geprägt. Die Aussage eines der Bundesweibel, die den Parlamentariern während der Session an die Hand gehen, mag hier für viele stehen. Angesprochen auf die vorzüglich funktionierenden Dienstleistungen der Hilfskräfte, erklärte er wie aus der Pistole geschossen, das Parlament sei eben auch ein interessanter und hoch-effizienter Betrieb, für den zu arbeiten ein Vergnügen darstelle.

Vielleicht sollten wir dazukommen, diesen Staat wieder etwas mehr auch an solchen Imponderabilien zu messen. Kritik muss sein. Und unsere politischen Entscheidungsprozesse sind voller Probleme. Sie sind aber vielleicht doch besser ins Volksbewusstsein integriert, als man an manchen Abstimmungssonntagen meinen möchte.

*Richard Reich*

## **An der Macht verbraucht**

Die erst langsame, dann schnelle Erosion der bundesdeutschen Sozialdemokratie und der davon bestimmte Machtwechsel in Bonn sind nicht

Überraschungen gewesen. Ebenso wenig ist es der ungleich schnellere Verschleiss der französischen Sozialisten, der sich nach Beiwahlen und

Kantonalwahlen nunmehr in den Gemeindewahlen erwiesen hat.

Zweierlei ist dem Kandidaten der Sozialdemokratie, Vogel, aber auch dem Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht gelungen: die FDP «wegzuharken» (Helmut Schmidt) und als Verräterpartei zu diskreditieren, als ob nicht Verlagerungen innerhalb der führenden Regierungspartei und Spannungen wegen einer Finanzpolitik, die Schmidt selber für richtig hielt, den Ausschlag gegeben hätten. Und zweitens: die Frage der Raketenstationierung in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Obgleich hier Sorge und Befürchtungen weit verbreitet sind, hat die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Vorrang gehabt. In den letzten Politikerrunden am Fernsehen kamen die Raketen kaum mehr vor und wurde auf die zunächst versuchte Emotionalisierung von allen Seiten verzichtet.

Unregierbarkeit schreckt deutsche Wähler, auch, wie sich gezeigt hat, viele Arbeiter, viele junge Wähler mehr als eine bürgerliche Regierung. Der Einbruch der CDU bei sozialdemokratischen Stammwählern wird von der Partei zugegeben. In der von Richard Löwenthal ausgelösten Debatte: Priorität für die Stammwähler oder Kursänderung zur Integrierung der «Aussteiger» und Marginalen hat sich der Kurs Willy Brandts durchgesetzt. Auf seine Gefahren hatten die Kritiker, die wir zur Linie Helmut Schmidt rechnen dürfen, vergebens hingewiesen. Helmut Schmidt konnte niemals der Führer seiner Partei sein, nur der Kanzler einer Koalition, der «Macher», dem ein sozialdemokratischer Bürgermeister nachsagte, er habe jene subalternen Fähigkeiten, wie

sie auch der Leiter eines KZ benötige. Darin unterschied sich die deutsche Konstellation von der amerikanischen, englischen, französischen, wo die gleiche Person Staat und Regierungspartei faktisch führt; Genscher mag viele Fehler haben, doch für diese Besonderheit konnte er nichts.

Die Erosion der französischen Sozialisten hat nach einem sehr kurzen «état de grâce» begonnen. Der Streit zwischen den Führern der bürgerlichen Parteien, die Abwendung eines Teils der Mittelschichten von Giscard d'Estaing und Premierminister Barre hat schnell begonnen, wurde aber von den Sozialisten kaum beachtet. Gewiss, die Einbeziehung der Kommunistischen Partei hat zur neuen Polarisierung beigetragen, doch dürfte Dogmatismus und Dilettantismus innerhalb der führenden Partei noch mehr zum Rückfluten beigetragen haben.

Mit Anhebung der niedrigsten Löhne, der Altersrenten und Einbeziehung der in Frankreich besonders profilierten Einkommenshierarchie war die Politik Giscard d'Estaings in Wahrheit sozialdemokratisch gewesen, aber ohne dieses «image», also ohne entsprechenden Gewinn bei den Wählern, die davon Nutzen zogen.

Die Wirtschaftspolitik des Präsidenten François Mitterrand, dessen beachtliche Qualitäten nicht eben auf diesem Gebiet liegen, und einer Regierung, deren Wirtschaftsminister Jacques Delors schlucken musste, was er nicht für vertretbar hielt, hatte negative Folgen, die gewisse schon vorher deutliche Tendenzen verstärkten.

Die verstaatlichten Industrien, die Mitterrand «unsere wirtschaftliche *force de frappe*» genannt hat, sind wie das italienische Dschungel der pa-

rastatali trotz meist qualifizierter Führung ohne Richtlinien geblieben und warten noch heute auf solche. Werden sie für Steigerung der Produktivität und Eroberung von Märkten durch Subventionen belohnt oder für Schaffung von Arbeitsplätzen auch auf Kosten der Produktivität? Und können sie wie private Unternehmungen bankrott machen oder müssen sie aus Prestigegründen um den Preis wachsenden Defizits erhalten werden? In den Politikerreden verbinden sich beide Ziele – mehr Produktivität, mehr Lohnempfänger; in der Wirklichkeit selten. Die Arbeitslosigkeit ist so nicht zu mindern.

Gemeinsame bundesdeutsche und französische Entwicklung: die Sozialisten sind vor allem in den Grossstädten geschwächt. Das galt diesmal mit Ausnahme von Marseille in Frankreich ganz besonders. Die Beharrungskraft der Sozialisten zeigte sich in den mittleren und kleinen Städten und war oft eher ein bonus der Bürgermeister als der Partei. Die Parlamentswahlen können daher weit ungünstiger ausgehen als die Gemeindewahlen, die bereits eine «Umkehrung der Mehrheit» erkennbar machten.

Die Fünfte Republik ist nur zum Teil präsidentialistisch. Wenn ein Präsident eine andere Politik will als eine

neue Mehrheit der Nationalversammlung – er kann sie nur einmal auflösen – dann muss der Präsident «sich fügen oder abtreten».

In Frankreich war die Abwendung von den bürgerlichen Parteien durch Stimmhaltung entscheidend gewesen und nicht die Zuwendung zur Linken, die 1978 mehr Stimmen gefunden hatte. Umgekehrt dürfte es die Abwendung von den Sozialisten – und noch mehr von der Kommunistischen Partei – sein und nicht das Vertrauen zu Giscard d'Estaing, Barre, Chirac, den drei Anwärtern, was das Wählerverhalten bestimmt. Die Mitte und Rechte ist in der Opposition nicht geeinter, als sie es an der Macht war.

Wenn wir bedenken, dass Margaret Thatcher sich an der Regierung nicht verbraucht hat – Labour scheint nicht regierungsfähig – und auch Präsident Reagan sich gegen die Demokraten nochmals behaupten könnte, dürfen wir die Entwicklung in der Bundesrepublik und in Frankreich nicht als typisch für den «Pendelschlag» sehen. Es gibt immer noch Demokratien, für die das ein wenig zynische Wort des italienischen Politikers Andreotti gilt: «Macht verbraucht – jene, die sie nicht haben.»

*François Bondy*